

**Erfcheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Festtage

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigenteil:  
die Seite 20 Goldpfennige  
b) im Reklameteil:  
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen  
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

Gerichtshand  
für beide Teile ist Calw

# Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

**Bezugspreis:**  
In der Stadt 40 Goldpfennige  
wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 40 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-  
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf  
Lieferung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

**Sprechstube Nr. 9**

Verantwortl. Schriftleitung:  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei

1931. Nr. 280

Montag, den 30. November 1931

Jahrgang 104

## Vom Glauben an Deutschland

Minister Gröner an das deutsche Volk — Die Schicksalsfrage: Terror oder Kampf mit geistigen Kräften?

U. Berlin, 30. Nov. Reichsminister Dr. Gröner sprach am Sonntagabend im Rundfunk über das Thema „Vom Glauben an Deutschland“. Er führte dabei u. a. aus: Politischer Haß und Streit, heftigste Gegensätze und ungeheuerliche wirtschaftliche Not beherrschen die Zeit. Ueber Stadt und Land bis ins harmloseste Dorf verbreitet sich das Gift aufreizender Nachrichten, deren Wahrheit vom einzelnen nicht nachgeprüft werden kann. So kommt es, daß viele in Verwirrung und Hoffnungslosigkeit Trugbildern nachjagen. Es gibt kein Allheilmittel zur Beseitigung der Notstände. Mit Protesten ist nichts gewonnen, weil sie meist aus Irrtum geboren sind. Ich denke nicht daran, so erklärte der Minister weiter, etwa die Staatskunst mit Notverordnungen zu rühmen. Im Gegenteil, ich wäre von Herzen froh, wenn es ohne solche rohen Eingriffe abginge. Leider ist die Regierung aber gegenwärtig durch die Gefährdung des Staates und seiner Sicherheit gezwungen, den Weg der Notverordnungen zu gehen.

In meinem Amt als Reichsinnenminister gedenke ich nicht lediglich mit polizeilichen Mitteln zu arbeiten. Ich habe den brennenden Wunsch, auf die geistigen und moralischen Kräfte des deutschen Volkes einzuwirken, die Verzweiflungsstimmung zu bekämpfen und die Gegensätze zu mildern. Mancher wird denken: „Der Mann bietet uns Steine statt Brot.“ Freilich, materiell kann ich nichts bieten. Aber mit heiligem Bemühen möchte ich allen Deutschen den unerschütterlichen Glauben an Deutschlands Zukunft geben. Das ist der gesunde Optimismus, den wir alle brauchen, wenn wir als Volk und Nation einem neuen Aufstieg entgegengehen wollen.

Der feste Grund, auf dem dieser Optimismus sich aufbauen muß, soll unser Staat sein, die deutsche Republik. Wehe denen, die glauben, durch ein Unterhöhlen dieses Staates und durch seinen Zusammenbruch eine günstigerer staatliche Grundlage für den Wiederaufstieg zu schaffen! Diese Träumer sehen nicht die Wirklichkeit, aber sie bilden keine Gefahr, denn die Staatsmacht steht fest und entschlossen. Die Regierung ist wachsam, um alle Versuche gewalttätiger Auflehnung mit äußerster Tatkraft niederzuschlagen. Vor solchen Vorkommnissen bewahre uns der Himmel und vor allem das deutsche Volk, denn jeder solcher Spuk ist zerstoben, wenn das Volk in Geschlossenheit nicht nur einzelne Gewaltakte ablehnt, sondern überhaupt die verrückten Ideen terroristischer Regierungsmethoden. Der Kampf um politische Anschauungen muß mit geistigen Kräften ausgefochten werden, nicht mit den Waffen. Gewaltakte im politischen Leben des Volkes schädigen das Ansehen Deutschlands auf der ganzen Welt auf das Schwerste und gefährden seinen Wiederaufstieg.

Wenn Reichskanzler Brüning kürzlich im Rundfunk davon gesprochen hat, daß die Schicksalsverbundenheit zum Fluch würde, wo ein Volk sich nicht zu gemeinsamem Tragen, Helfen und Schaffen zusammenschließt, so gilt das nicht nur für die Ueberwindung der materiellen Not im Lande, sondern ebensosehr für alle Politik im Innern und nach außen. Und wenn die Not auf der ganzen Welt die Völker endlich zu einer Weltverbundenheit führen soll, so ist es von höchster Bedeutung, daß das deutsche Volk nicht in politischer Zerissenheit dasteht, wie ein zum endgültigen Niedergang verurteilter Volkskörper. Noch sind die deutschen Fähigkeiten auf dem Gebiete der Wirtschaft, Wissenschaft und Technik ungebrochen. Warum also verzagen? Vertrauen zum Staat muß sich vermehren mit dem Vertrauen zu den eigenen Kräften. Dieses soll ein Bekenntnis von jedem sein, ob er in der Arbeit steht oder seine Arbeitskraft unter dem Zwang der Not ruhen lassen muß. Dabei finden wir den seelischen Nüchtern in den bitteren Tagen der Gegenwart an unserer großen Vergangenheit. Die deutsche Geschichte zeigt in den vergangenen Jahrhunderten ragende Höhe und donnernden Fall. Immer wieder hat sich Deutschland aus der Tiefe zum Licht emporgerungen, trotz des uralten Erbübels der Deutschen, der Zwitterart. Eine besondere seelische Stärkung gegen dieses Erbübel mögen wir herausholen aus dem heroischen Ringen unseres Volkes im Weltkrieg, wie auch in jenen kurz zurückliegenden Zeiten, wo in den Westmarken die Volksgenossen zur Rettung der deutschen Reichseinheit sich opferten.

Und jetzt? Ist es nicht so, wie wenn viele Tausende von Deutschen sich nicht mehr kennen und verstehen wollten? Alle die Parteien, mit denen wir leider zu viel gesegnet sind, merken sie nicht, wie durch das parteipolitische Treiben die Reichseinheit erschüttert wird? Es gibt keinen Propheten, der das Schicksal des deutschen Volkes voraussagen könnte, aber eines kann jeder Deutsche klar erkennen: daß ein Emporstiegen unserer Nation wirtschaftlich und politisch nur möglich ist, wenn sie stark ist und treu! Dazu rufe ich alle auf, die guten Willens sind. Der Minister schloß mit dem Richte-Wort:

„Du sollst an Deutschlands Zukunft glauben,  
An deines Volkes Auferstehen,  
Laß diesen Glauben dir nicht rauben,  
Trotz allem, allem was geschieht!  
Und handeln sollst du so als hinge  
Von dir und deinem Tun allein  
Das Schicksal ab der deutschen Dinge  
Und die Verantwortung wär dein!“

## Die Vorgänge in Hessen

Der Oberreichsanwalt beantragt Voruntersuchung

U. Berlin, 30. Nov. Amtlich wird mitgeteilt: In dem Strafverfahren wegen der bekannten Vorgänge in Hessen hat der Oberreichsanwalt die Eröffnung der gerichtlichen Voruntersuchung wegen Vorbereitung zum Hochverrat beantragt.

Eine amtliche hessische Aeußerung

Die Hessische Amtliche Pressestelle stellt gegenüber irreführenden nationalsozialistischen Behauptungen u. a. folgendes fest: 1. Die in Frage kommenden Dokumente sind nach den Ermittlungen das Ergebnis von Besprechungen, die sich auf einen längeren Zeitraum erstrecken und die zwischen allen maßgeblichen Führern der NSDAP (in Hessen) stattgefunden haben. U. a. haben an der Schlußbesprechung auf dem Vogheimer Hof allein vier Abgeordnete teilgenommen, darunter der stellvertretende Gauleiter für Hessen, Hauptmann a. D. Waffung (der damals an Stelle des verstorbenen Gauleiters die Geschäfte der Gauleitung führte und der außerdem auch noch das wichtige Amt des Organisationsleiters bekleidet). Sämtliche Teilnehmer an den Besprechungen sind innerhalb der Gauleitung an maßgeblichen Stellen tätig. 2. Die Behauptung, daß die Hausung ein ergebnislos verlaufen sei, ist völlig aus der Luft gegriffen. Im Interesse der Sicherstellung des Untersuchungsergebnisses können weitere Angaben gegenwärtig nicht gemacht werden.

Dr. West ist als Leiter der Rechtsabteilung des Gaues Hessen Mitglied der Gauleitung des Gaues Hessen und als solches selbstverständlich an der Führung der Partei maßgebend beteiligt. Eine solche Stellung kann man im Rahmen der NSDAP natürlich nur dann innehaben, wenn man das volle Vertrauen der Reichsleitung genießt. Wie Dr. West in einem Artikel mitteilt, hat er nach Fertigstellung

der hochverräterischen Entwürfe „das Programm der künftigen hessischen Politik der NSDAP. ausgearbeitet“.

Auf Grund der bekannten Vorfälle hat Justizminister Kirnberger den Gerichtsassessor Dr. Werner West mit sofortiger Wirkung außer Verwendung gesetzt. West kehrt in den hessischen Justizdienst nicht mehr zurück.

Das Reichsbanner fordert Eingreifen der Staatsgewalt

Der Berliner Gauvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold rief angesichts der in Hessen bekannt gewordenen nationalsozialistischen Pläne die Bevölkerung Berlins am Sonntag zu großen Kundgebungen gegen den Nationalsozialismus auf, um ein rücksichtsloses Eingreifen der Staatsgewalt zu verlangen. Der Abg. Scheidemann bezeichnete in einer Rede die hessischen Pläne als das wahre Programm des Nationalsozialismus. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird erklärt, die Geduld der Republikaner und der breiten Massen des Volkes sei erschöpft. Sie verlangen, daß die Führung in Reich und Ländern offen den Mut zur Tat beweise, um Freiheit, Demokratie und Republik zu erhalten und die Gegner niederzuzwingen.

Nationalsozialistischer Schriftleiter zu 1½ Jahren Festungshaft verurteilt

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts hat den Schriftleiter der Nationalen Arbeiterzeitung in Essen-Karnap, Fritz Kanapinn, wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 1 Jahr und 6 Monaten Festungshaft verurteilt. Drei Monate und drei Wochen gelten als durch die Untersuchungshaft verbüßt. Der Senat ist damit dem Antrage des Oberreichsanwalts gefolgt. Der Verurteilte arbeitete auf einen gewalttätigen Umsturz hin und hatte durch zahlreiche Briefe an Gefinnungsgenossen, darunter auch an Beamte, versucht, eine Vereinigung zu schaffen, die den Sturz der Regierung oder wenigstens des derzeitigen Systems bezwecken sollte.

## Tages-Spiegel

Reichsminister Gröner hielt gestern eine Rundfunkrede, in der er zum Kampf gegen terroristische Ideen die geistigen und moralischen Kräfte im deutschen Volk aufrief.

Der Oberreichsanwalt hat über die heftigsten Dokumente die Voruntersuchung wegen Vorbereitung zum Hochverrat angeordnet.

Bei einem Einbruch in das Reichsversicherungsamt in Berlin wurden 40 000 Mark Lohngehälter geraubt.

Bei den Landesauswahlfahrten im oldenburgischen Landesteil Birkenfeld konnte sich die NSDAP. von 25 Kandidaten 12 sichern.

In Rom sind gestern neue Wirtschaftsverhandlungen über den deutsch-italienischen Gütertausch aufgenommen worden.

Japan hat eine teilweise Zurückziehung seiner Truppen in der Mandschurei angeordnet, um Verwicklungen mit auswärtigen Großmächten, besonders mit Amerika, vorzubeugen.

## Deutsche Note an England

Auregung von Zollverhandlungen.

U. London, 30. Nov. In einer deutschen Note an die englische Regierung wird darauf hingewiesen, daß die Einführung gewisser englischer Zölle für den deutschen Handel besonders abträglich sei. Die deutsche Regierung wolle von dem Recht Gebrauch machen, daß ihr auf Grund des Artikels 2 des Protokolls zum deutsch-englischen Handelsvertrag gegeben wird, nämlich anzuregen, die deutschen Beschwerdepunkte in einer Konferenz zu erörtern. Die deutsche Regierung sei bereit, zu diesem Zweck eine Abordnung nach London zu schicken. Sehr erwünscht wäre es, wenn die Verhandlungen möglichst bald stattfinden könnten.

Bei den von Deutschland in London angeregten Besprechungen über die Zollfragen handelt es sich für Deutschland in erster Linie darum, ob die englischen Zollmaßnahmen im Rahmen der handelspolitischen Abmachungen möglich sind. Es ist zu erwarten, daß es gelingen wird, mit England über die kritischen Fragen ins Einvernehmen zu kommen. Die deutsche Ausfuhr nach England erleidet durch die englischen Zollmaßnahmen insgesamt eine Einbuße von etwa 100 Millionen RM., das sind 12 Prozent der deutschen Gesamtausfuhr nach England überhaupt.

## Nächtlicher Einbruch im Reichsversicherungsamt

40 000 M. Lohngehälter geraubt. — Angestellte als Mittäter  
U. Berlin, 30. Nov. In der Nacht zum Sonntag drangen bisher unbekannte Täter in das Reichsversicherungsamt ein und knaderten zwei Geldschränke auf. Soweit sich bisher feststellen ließ, haben die Täter Lohngehälter in Höhe von 40 000 M. erbeutet.

Gegen Mitternacht, als sich der Wächter auf einem Kontrollgang befand, schlugen plötzlich die Alarmglocken an. Der Wächter ging mit 3 im selben Hause wohnenden Angestellten in den Kassenraum, konnte dort aber nichts Auffälliges entdecken. Da die Alarmvorrichtungen so eingerichtet sind, daß sie sofort ertönen, wenn die Kassenschranke berührt werden, nahmen die 4 Personen an, daß sich die Vorrichtung vielleicht durch eine Erschütterung selbst ausgelöst habe. Sie verließen den Raum und entfernten sich. Erst als der Kassierer am Sonntag vormittag den Kassenraum betrat, stellte er fest, daß die beiden Kassenschränke an der Seite aufgerissen waren. Die Kriminalpolizei ist der Auffassung, daß die Täter unter den Angestellten des Reichsversicherungsamts über Mittäter verfügt haben müssen.

## Japanischer Rückmarschbefehl in der Mandschurei

U. London, 30. Nov. Die japanischen Truppen in der Mandschurei haben Rückzugsbefehl erhalten. Der japanische Botschafter in Washington erklärte, daß das ganze Gebiet westlich des Hiao-Flusses geräumt werden würde. Die japanischen Truppen würden somit auch aus der Gegend von Sjinin und Tschintschau zurückgezogen werden.

In halbamtlichen Tokioter Kreisen verlautet, der Rückzugsbefehl an die japanischen Truppen sei darauf zurückzuführen, daß die maßgebenden Stellen in Tokio jede Verwicklung mit Amerika, Frankreich oder anderen Mächten haben vermeiden wollen, die durch einen Angriff auf Tschintschau unbedingt entstanden wären.





